

Atomkraft: Die Kanzlerin will jetzt Tempo machen

ENERGIE Laufzeiten, Abgaben, Sicherung der Meiler: Bald soll es einen Kompromiss geben – und der soll Sicherheit vor Profit stellen, meint Energie-Experte Meierhofer.

VON MARIA GRUBER, MZ, UND
UNSEREN AGENTURKORRESPONDENTEN

BERLIN. Kanzlerin Angela Merkel will die schwarz-gelbe Koalition beim brisanten Thema Atomenergie schnell auf eine Linie bringen. Bei einem Treffen im Kanzleramt vereinbarte sie mit den zuständigen Ministern weitere Gespräche noch in dieser Woche. Möglicherweise würden am Sonntag die Eckpunkte für die Milliardenbeiträge der Atomwirtschaft, die Laufzeitverlängerung und die Sicherheitsanforderungen festgelegt, hieß es.

In der Union mehrten sich zwar Forderungen, die Atomkraftwerke lange zu betreiben – möglichst 20 Jahre. Doch allem Anschein nach bewegen sich die Koalitionäre auf einen Kompromiss zu, der die AKWs mit einer Jahreszahl im unteren zweistelligen Bereich länger am Netz ließe.

Merkel hatte einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren fachlich vernünftig genannt, aber erkennen lassen, dass diese Spanne eventuell nicht ausgenutzt werde. So hatte Regierungssprecher Steffen Seibert erklärt, laut Gutachter würde sich schon eine „niedrigere zweistellige Verlängerung der Laufzeiten“ positiv auf Energiepreise, Versorgungssicherheit und Minderung des Co₂-Ausstoßes auswirken.


Unterhalb von zehn Jahren möchte Umweltminister Norbert Röttgen (CDU), da längere Laufzeiten den Aus-

bau der erneuerbaren Energien gefährdeten und kaum Effekte für Klimaschutz und Strompreise hätten. Dagegen plädiert FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle für zwölf bis 20 Jahre, damit sich der Aufwand überhaupt lohne.

„Es geht nicht darum, dass jemand maximal verdient, sondern, dass die Sicherheit passt“, hält der Regensburger MdB Horst Meierhofer dagegen. Der Vorsitzende der AG Energie der FDP-Bundestagsfraktion hält eine Laufzeitverlängerung von neun bis zwölf Jahren für vernünftig, möchte den Fokus jedoch auf Reststrommengen legen. Diese müssten Schwankungen ausgleichen, die bei der Nutzung der erneuerbaren Energien entstünden.

Die Beiträge der Atomwirtschaft müssten zum Ausbau der erneuerbaren Energien genutzt werden – Abgaben über die Brennelementesteuer hinaus hält Meierhofer für unwahrscheinlich. Am Ende solle ein Kompromiss stehen, der von der Bevölkerung akzeptiert und ohne Bundesrat beschlossen werden könne. Und wenn doch? Meierhofer: „Dann muss die Opposition Antworten liefern, wenn sie unseren Vorschlag ablehnt.“

BEI UNS IM NETZ

 **Sehen Sie mehr!**



Die Atomenergie-Frage spaltet die Bundesregierung auch nach Vorlage des Energiegutachtens. Ein Video zum Thema finden Sie unter:

➔ www.mittelbayerische.de

➔ **SEITE 2**